



NKG-INDIKATOR 2023

**Wirtschaftliche Situation und Erwartungen
der Krankenhäuser in Niedersachsen**

- Januar 2024 -

Niedersächsische Krankenhausgesellschaft e.V.
Thielenplatz 3
30159 Hannover
Tel.: 0511 / 307630
E-Mail: info@nkgev.de
Web: www.nkgev.de

Inhaltsverzeichnis

1.	Teilnahmequote und Aussagekraft	1
2.	Wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser.....	1
3.	Unzureichende reguläre Finanzierung	4
4.	Sondereffekte bzw. periodenfremde Effekte	6
5.	Preissteigerungen.....	8
6.	Erwartungen zur Krankenhausreform	10
7.	Entwicklung des Personals	14
8.	Ausbildung und Arbeitsplatzattraktivität	16
9.	Dokumentationsaufwand	17
10.	Herausforderungen.....	18
11.	Schlussfolgerungen und Ausblick	19

NKG-Indikator 2023

60 Prozent der Krankenhäuser in Niedersachsen sehen ihre wirtschaftliche Existenz bis zum Wirksamwerden der geplanten Krankenhausreform gefährdet

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) hat im Oktober und November 2023 eine Umfrage zur wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser durchgeführt und die Ergebnisse im vorliegenden NKG-Indikator veröffentlicht. Ziel der jährlich durchgeführten Erhebung ist es, ein möglichst realistisches Bild der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser in Niedersachsen zu geben.

Die Lage der Krankenhäuser ist angesichts der inflationsbedingt hohen Sach- und Personalkostensteigerungen weiterhin angespannt bis kritisch. Die wirtschaftliche Existenz der überwiegenden Mehrheit der Krankenhäuser ist – rein auf Basis der regulären Krankenhausfinanzierung – erkennbar gefährdet. Die vorliegenden Umfrageergebnisse belegen, dass das bestehende System der Krankenhausfinanzierung nicht dazu geeignet ist, die wirtschaftlichen Negativfolgen von Krisenereignissen wie Pandemien oder inflationsbedingten Preisschocks sachgerecht und rechtzeitig abzufedern.

Dies gibt insbesondere im Hinblick auf die anhaltend hohe Kostenentwicklung und das bevorstehende Jahr 2024 Anlass zur Sorge. Zumal noch Signale der Bundesregierung fehlen, ob und wenn ja, welche wirksamen Maßnahmen zeitnah zur wirtschaftlichen Stabilisierung ergriffen werden.

Die von Bund und Ländern geplante Krankenhausreform dominiert seit mehr als einem Jahr die gesundheitspolitische Debatte. Wenngleich die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die konkrete Ausgestaltung noch in vollem Gange und viele Fragen weiterhin ungeklärt sind, wurden die Krankenhäuser im vorliegenden NKG-Indikator zu ihren Erwartungen hinsichtlich der Reform befragt.

Wie viele der niedersächsischen Krankenhäuser den geplanten Umbau der stationären Versorgung letztlich erleben werden, bleibt indes fraglich. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen sehen 60 % der befragten Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Existenz bis zum Wirksamwerden der Krankenhausreform gefährdet.

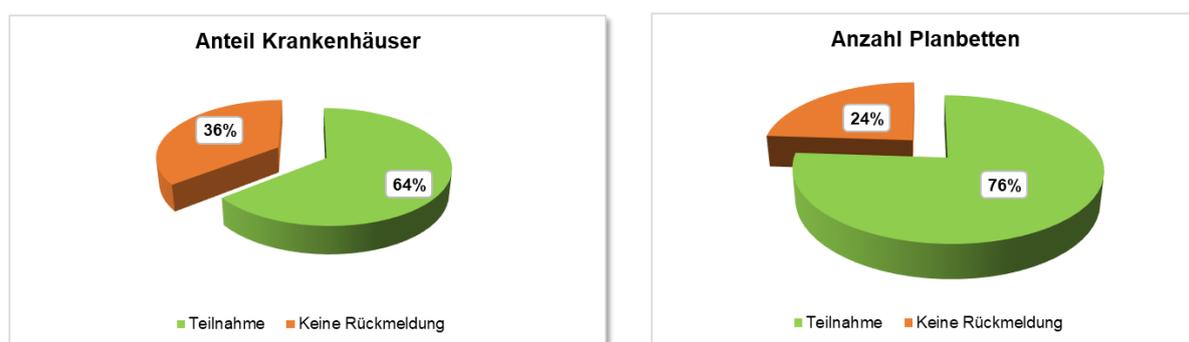
Die weitere Akzeptanz sowie das Gelingen der geplanten Krankenhausreform können aus Sicht der NKG gewährleistet werden, indem die Krankenhäuser wirtschaftlich abgesichert werden und auf dieser Grundlage ein geordneter Umbau der Klinikstrukturen erfolgt. Dieser wiederum ist die zentrale Voraussetzung für eine auch künftig flächendeckende und hochwertige stationäre Versorgung der Patientinnen und Patienten in Niedersachsen.

Angesichts der vorliegenden Umfrageergebnisse fordert die NKG die Bundes- und Landespolitik mit Nachdruck auf, die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser ernst zu nehmen und schnellstmöglich zu handeln.

1. Teilnahmequote und Aussagekraft

Die Umfrage für den vorliegenden NKG-Indikator hat von Oktober bis November 2023 stattgefunden. Alle nach dem Niedersächsischem Krankenhausplan zugelassenen Krankenhäuser wurden gebeten, an der Erhebung teilzunehmen.

106 Krankenhäuser haben an der Befragung teilgenommen. Das entspricht einem Anteil von 64 % der zum Zeitpunkt der Umfrage 165 zugelassenen Krankenhäuser in Niedersachsen. Auf die teilnehmenden 106 Krankenhäuser entfallen 30.583 der insgesamt 40.211 Planbetten in Niedersachsen. Das entspricht einem Anteil von 76 % der Krankenhausbetten in Niedersachsen.



In der Umfrage liegt der Anteil der somatischen Krankenhäuser bei 70 %, der der psychiatrischen bzw. psychosomatischen Krankenhäuser bei 14 % und der der gemischten Einrichtungen bei 16 %. Aus dem Vergleich mit den Werten aus dem Krankenhausplan - somatisch 72 %, psychiatrisch/psychosomatisch 17 % und gemischt 11 % - wird deutlich, dass die Zusammensetzung der Stichprobe der Versorgungssituation in Niedersachsen entspricht.

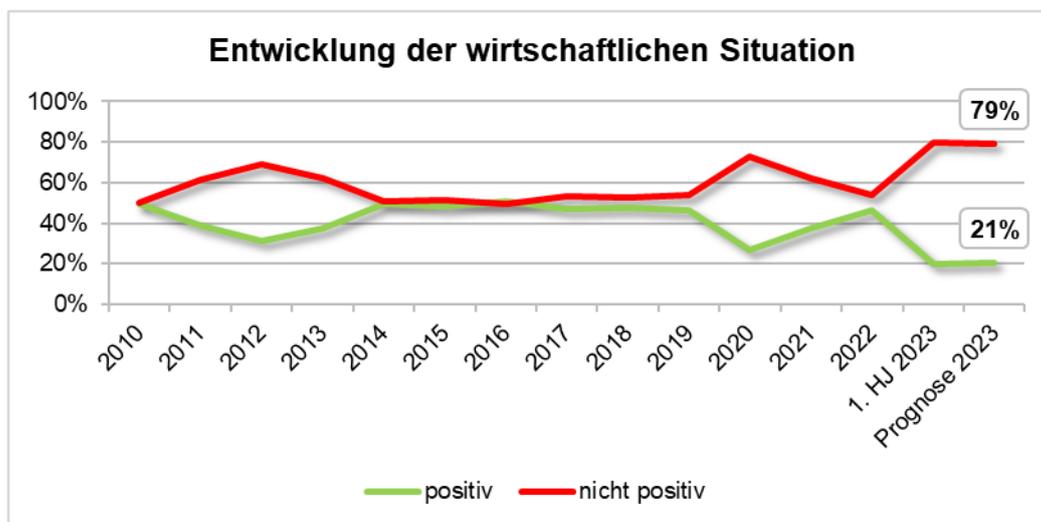
Die teilnehmenden Krankenhäuser am NKG-Indikator 2023 bilden sowohl in der Struktur, als auch hinsichtlich der Krankenhausbetten nach Trägerschaft die Situation für Niedersachsen ab. Die Stichprobe ist repräsentativ. Ihre Aussagen sind auf das ganze Land übertragbar.

2. Wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser

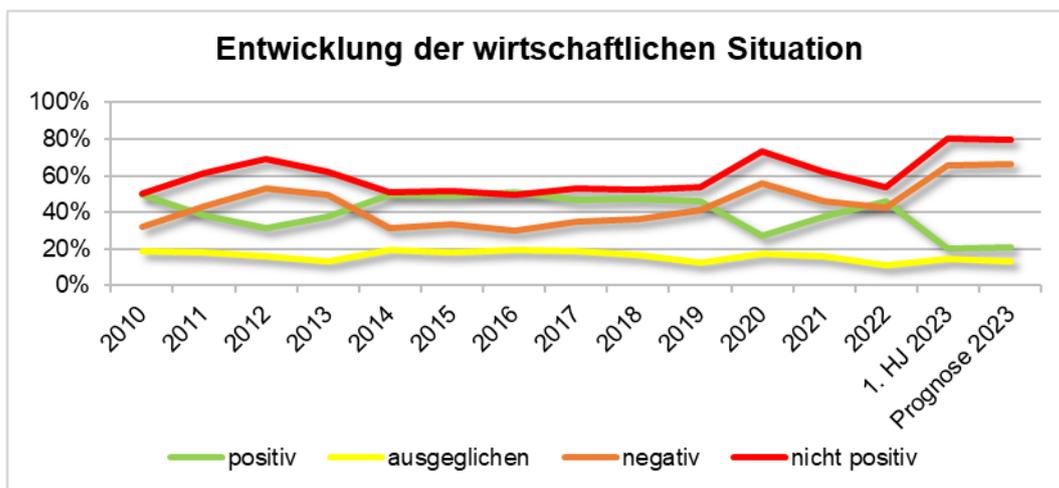
Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser in Niedersachsen gibt seit Jahren Anlass zur Sorge. So lag der Anteil der Häuser, die in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung kein positives Ergebnis verzeichnen konnten in 2019 bei 54 %, in 2020 bei 73 %, in 2021 bei 62 % und 2022 bei 54 %¹. Aktuell ist eine signifikante Verschlechterung der

¹ 2021 und 2022 wurden wirtschaftliche Belastungen zumindest teilweise durch den Corona-Rettungsschirm, Energiehilfen und weitere Sondereffekte bzw. periodenfremde Effekte abgedeckt.

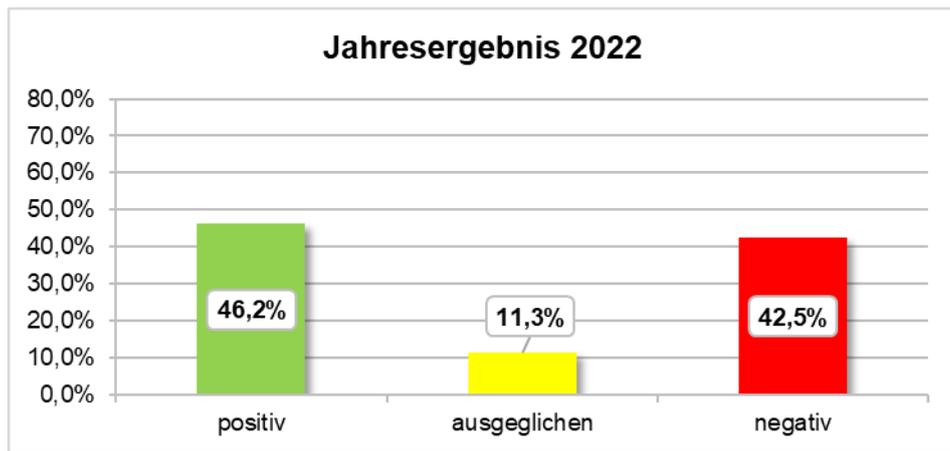
Situation zu verzeichnen. Die Prognose für das Gesamtjahr 2023 liegt bei 79 % nicht positiven Ergebnissen.



Die Betrachtung der wirtschaftlichen Situation im mehrjährigen Vergleich zeigt einen Rückgang von Krankenhäusern, die in der Lage sind ein positives Jahresergebnis zu erzielen. Damit geht ein deutlicher Anstieg negativer und ausgeglichener Ergebnisse einher. Die gesamtwirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen sowie das bestehende System der Krankenhausfinanzierung stehen einem wirtschaftlichen Betrieb von Krankenhäusern klar erkennbar entgegen.

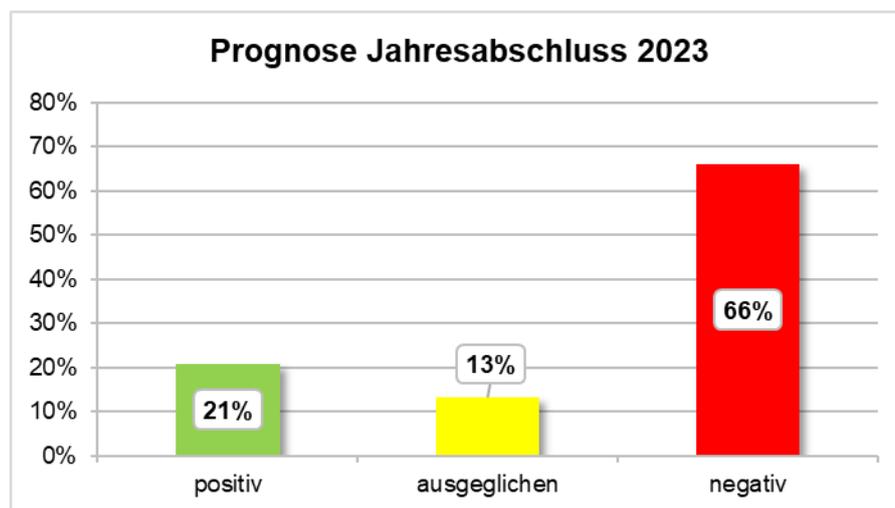


Bei näherer Betrachtung der Jahresergebnisse 2022 zeigt sich, dass 42,5 % der Krankenhäuser in Niedersachsen ein negatives Jahresergebnis aufwiesen. 11,3 % der Krankenhäuser hatten ein lediglich ausgeglichenes Jahresergebnis. Deren Existenz ist mittel- bis langfristig nicht gesichert. 46,2 % der Krankenhäuser konnten ein positives Jahresergebnis verzeichnen. Es ist darauf hinzuweisen, dass 91 % der befragten Krankenhäuser angegeben haben, dass ihr Jahresergebnis durch periodenfremde Effekte und staatliche Hilfsmaßnahmen (*siehe Kapitel unten*) infolge von Corona-Pandemie sowie Inflations- und Energiekostenkrise beeinflusst wurde. Insofern sind die Jahresergebnisse 2022 insgesamt positiver als vor einem Jahr erwartet wurde.



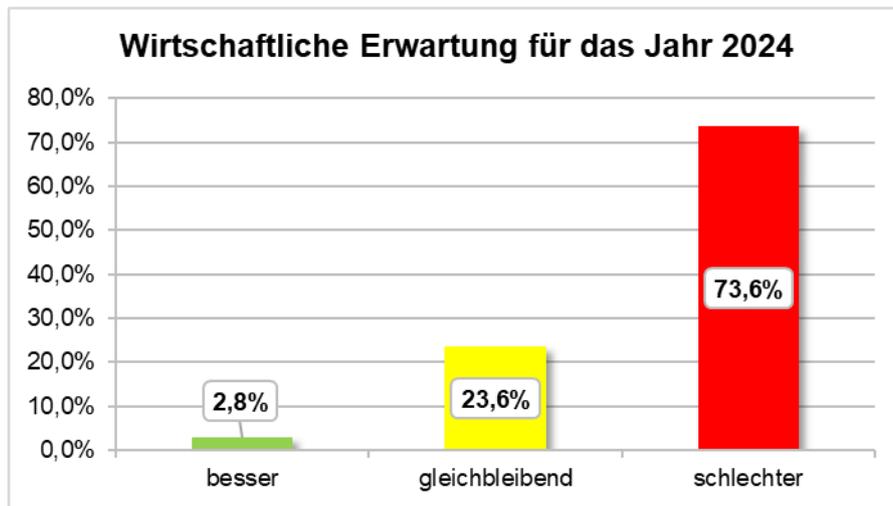
Hinsichtlich des erwarteten Jahresergebnisses 2023 zeichnet sich erneut eine Verschlechterung der Situation ab. Ausgehend von der Gewinn- und Verlustrechnung des ersten Halbjahres 2023 sinkt der Anteil der Krankenhäuser, die ein positives Jahresergebnis prognostizieren auf 21 %. Der Anteil der Krankenhäuser mit einem ausgeglichenen Ergebnis nimmt leicht zu und beträgt 13 %. Der Anteil der Krankenhäuser mit einem negativen Ergebnis legt deutlich auf 66 % zu. Der Anteil der Krankenhäuser ohne positives Jahresergebnis summiert sich damit auf 79 %.

Auch für die Bewertung dieser Prognose müssen Sondereffekte und Hilfsmaßnahmen außerhalb der regulären Krankenhausfinanzierung beachtet werden (*siehe Kapitel unten*). Der bedenkliche Befund des Vorjahres, dass vier von fünf Kliniken in Niedersachsen perspektivisch in ihrer Existenz bedroht sind, bestätigt sich.



Da offensichtlich nicht mit weiteren entlastenden Sondereffekten im Jahr 2024 gerechnet wird, gehen die Krankenhäuser auch nicht davon aus, im Jahr 2024 unter den geltenden Bedingungen der Krankenhausfinanzierung auskömmlich wirtschaften zu können oder anderweitig eine hinreichende finanzielle Unterstützung zu erhalten. Eine deutliche Mehrheit von 73,6 % der Krankenhäuser erwartet eine schlechtere wirt-

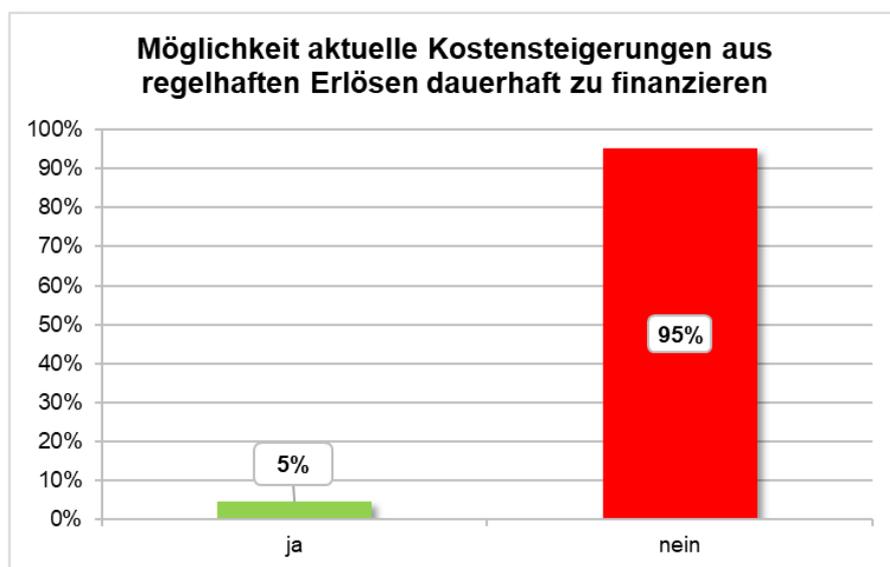
schafftliche Entwicklung. 23,6 % der Kliniken gehen davon aus, dass sich ihre wirtschaftliche Situation gleichbleibend darstellen wird. Eine bessere wirtschaftliche Entwicklung erwarten nur 2,8 % der Krankenhäuser.



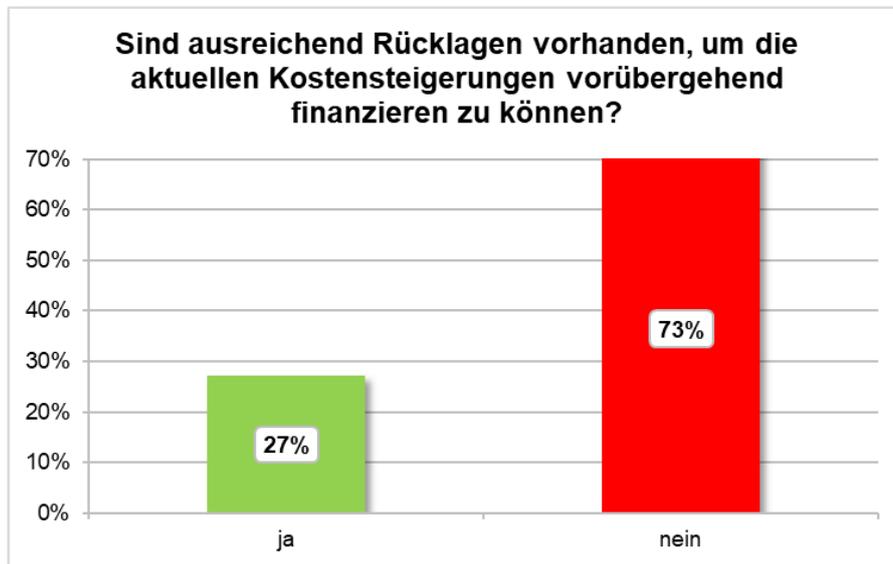
Die Prognose der Krankenhäuser ist erfahrungsgemäß von Vorsicht und einer eher pessimistischen Tendenz geprägt. Der zugrundeliegende Trend hat sich jedoch in der Vergangenheit regelmäßig bestätigt.

3. Unzureichende reguläre Finanzierung

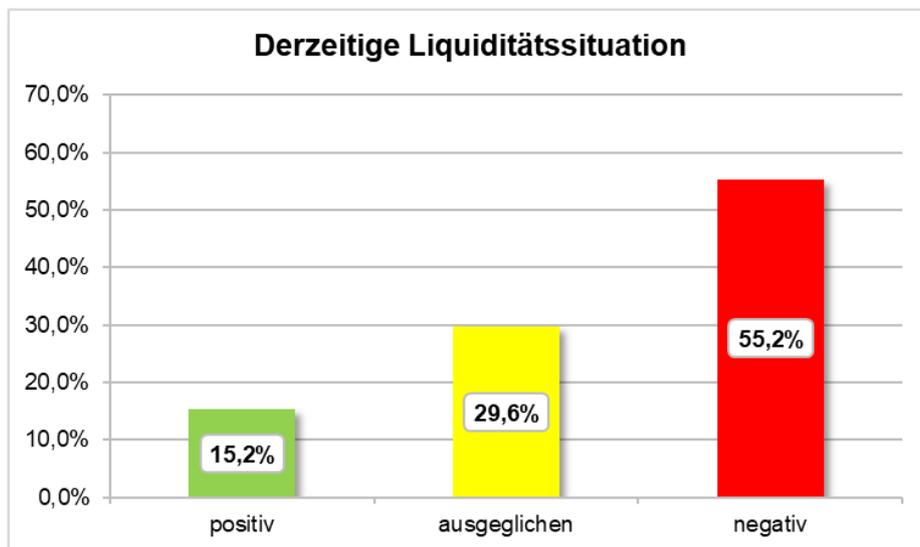
Die Umfrage zeigt, dass die wirtschaftliche Existenz der überwiegenden Mehrheit der Krankenhäuser – rein auf Basis der regulären Krankenhausfinanzierung – erkennbar gefährdet ist. Die Krankenhäuser wurden gefragt, ob die aktuellen Sach- und Personalkostensteigerungen aus den regelhaften Erlösen der Patientenbehandlung finanziert werden können. 95 % der befragten Krankenhäuser verneinen dies.



Vor diesem Hintergrund lässt auch folgendes Ergebnis der Befragung aufhorchen: 73 % der Krankenhäuser geben an, dass sie in den vergangenen Jahren nicht in der Lage waren, ausreichende Rücklagen zu bilden, um die aktuellen Kostensteigerungen vorübergehend finanzieren zu können. Dies bedeutet, dass nahezu drei Viertel der Krankenhäuser bereits kurzfristig auf finanzielle Hilfe angewiesen sind.

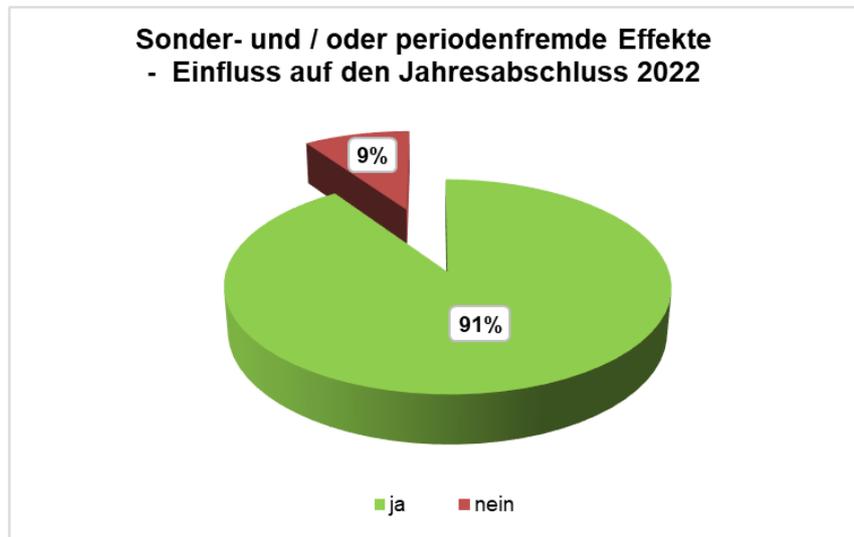


Die Krankenhäuser wurden darüber hinaus gebeten, ihre Liquiditätssituation zu bewerten. Eine Mehrheit von 55,2 % der Krankenhäuser beurteilt ihre Lage negativ. In 29,6 % der Fälle stellt sich die Situation ausgeglichen dar. Lediglich 15,2 % der Kliniken berichten von einer positiven Situation.

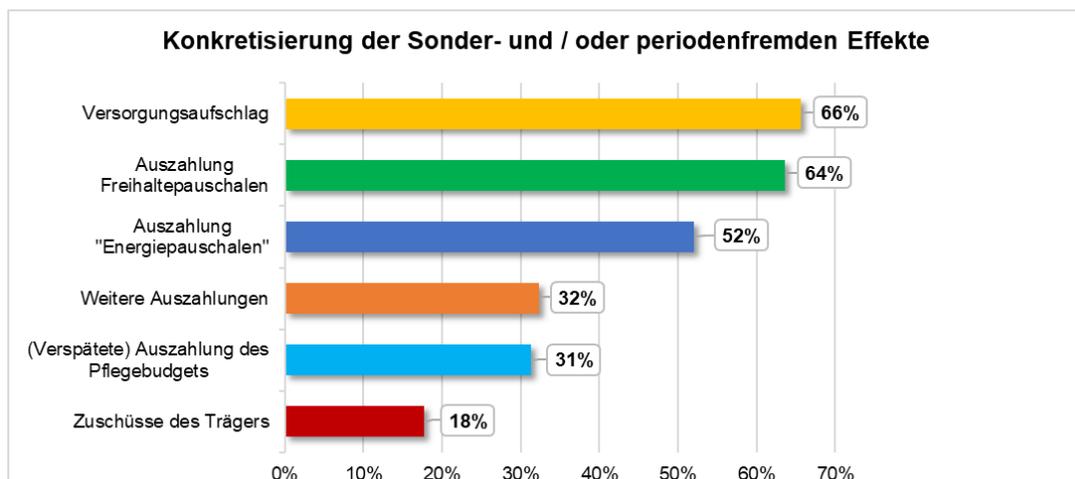


4. Sondereffekte bzw. periodenfremde Effekte

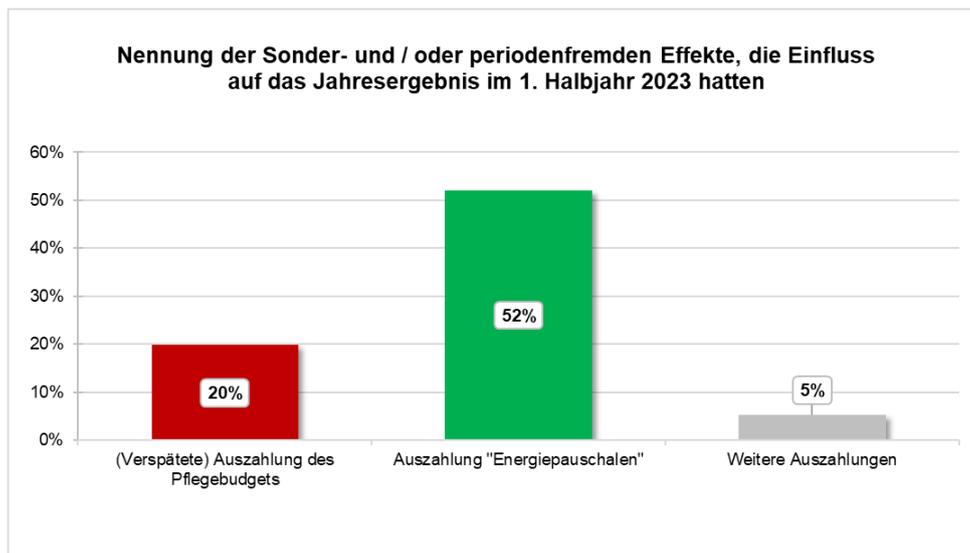
Den Krankenhäusern wurde die Frage gestellt, ob Sondereffekte bzw. periodenfremde Effekte Einfluss auf ihren Jahresabschluss 2022 bzw. 2023 hatten. Für 2022 geben 91 % der befragten Krankenhäuser an, dass dies der Fall gewesen sei, während dies bei lediglich 9 % nicht zutraf.



Befragt nach konkreten Sondereffekten bzw. periodenfremden Effekten bezogen auf den Jahresabschluss 2022 geben 66 % der Krankenhäuser an, (Corona-)Versorgungsaufschläge erhalten zu haben. 64 % erhielten die Auszahlung von Freihaltepauschalen, 52 % die Auszahlung von Energiepauschalen, 32 % sonstige Auszahlungen, 31 % eine verspätete Auszahlung des Pflegebudgets sowie 18 % Zuschüsse des Krankenhausträgers.

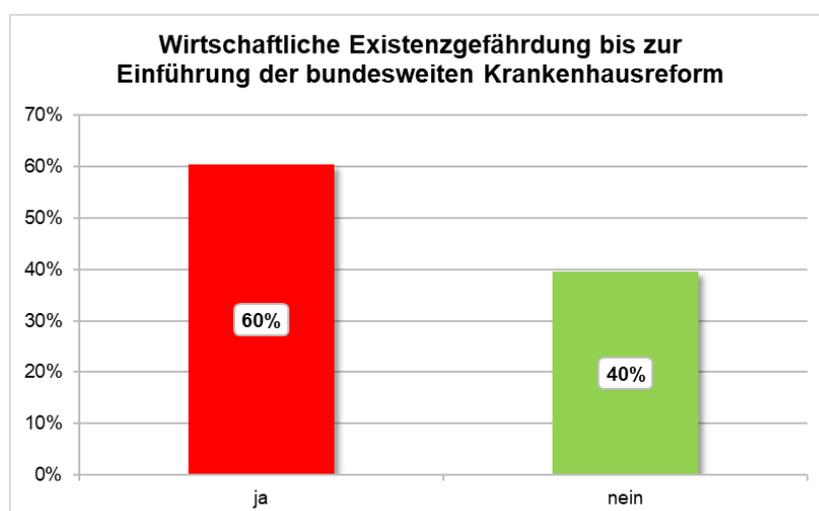


Für das 1. Halbjahr 2023 geben ebenfalls 91 % der befragten Krankenhäuser an, dass Sondereffekte bzw. periodenfremde Effekte Einfluss auf ihr Ergebnis hatten. Konkret geben 52 Prozent der Krankenhäuser an, Auszahlungen von Energiepauschalen erhalten zu haben. 20 % erhielten eine verspätete Auszahlung des Pflegebudgets und 5 % sonstige Auszahlungen.



Es ist davon auszugehen, dass die oben aufgeführten Sonder- bzw. periodenfremden Effekte ein Grund dafür sind, dass die Prognose für das Gesamtjahr 2023 sowie das Jahresergebnis 2022 positiver ausgefallen sind, als ursprünglich von den Krankenhäusern erwartet. Für das Jahr 2024 sind derartige Effekte aber nicht erkennbar. Im Gegenteil: die bisherigen Energiepreishilfen laufen Ende April 2024 aus. Aus Sicht der NKG sind die vorliegenden Umfrageergebnisse daher weiterhin besorgniserregend schlecht. Zudem wird gerade an diesem Punkt offensichtlich, dass das System der Krankenhausfinanzierung nicht dazu geeignet ist, sachgerecht und zeitnah auf Krisen wie Pandemien oder inflationsbedingte Preisschocks zu reagieren. Die wirtschaftliche Existenz von Krankenhäusern hängt insbesondere in Krisenzeiten von politischem Handeln oder Unterlassen bzw. dem Gewähren oder Verweigern finanzieller Hilfen ab, ohne dass den Krankenhäusern selbst ein nennenswerter Handlungsspielraum verbleibt. Dies ist mit Blick auf die anhaltende Kostenentwicklung und das Jahr 2024 bedenklich.

Unter diesen Rahmenbedingungen sehen – wenig überraschend – 60 % der befragten Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Existenz bis zum Wirksamwerden einer bundesweiten Krankenhausreform (voraussichtlich im Jahr 2026) als gefährdet an.

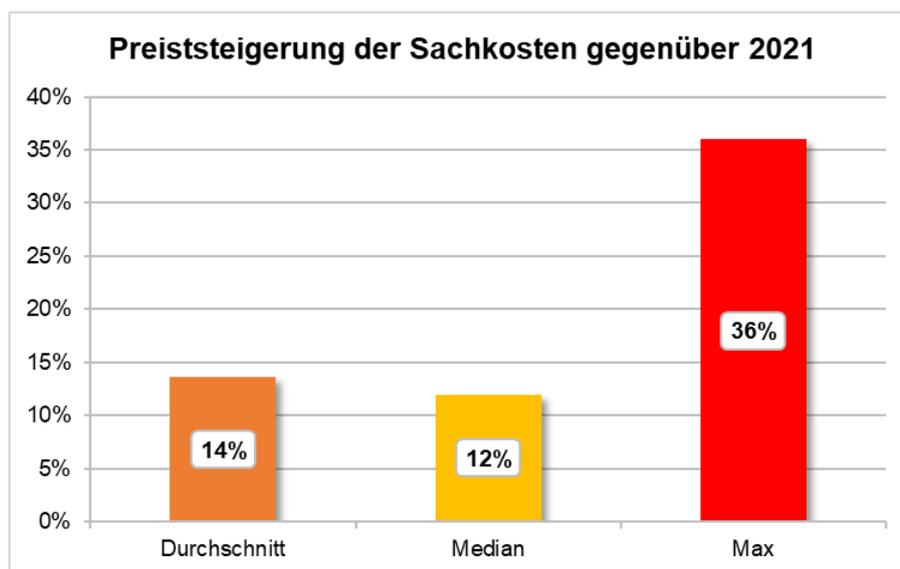


5. Preissteigerungen

Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser ist insbesondere angesichts der inflationsbedingt hohen Sach- und Personalkostensteigerungen außerordentlich angespannt. 99 % der befragten Krankenhäuser geben an, dass sie im Jahr 2023 mit Preissteigerungen der Sachkosten zu kämpfen hatten.

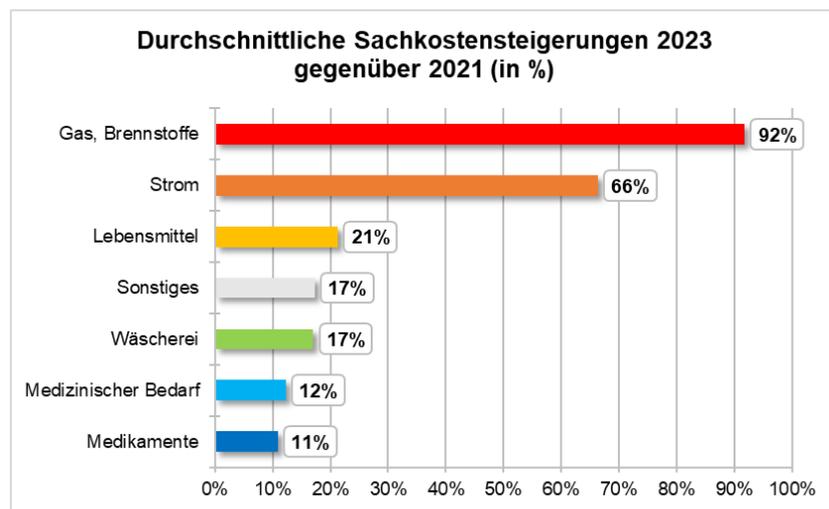


Gegenüber 2021 (dem Vorkrisenniveau) beträgt die Preissteigerung 2023 bei den Sachkosten durchschnittlich 14 %. Der Median für die Krankenhäuser liegt bei 12 %. Zum Teil geben Krankenhäuser an, von Sachkostensteigerungen gegenüber 2021 von bis zu 36 % betroffen zu sein.

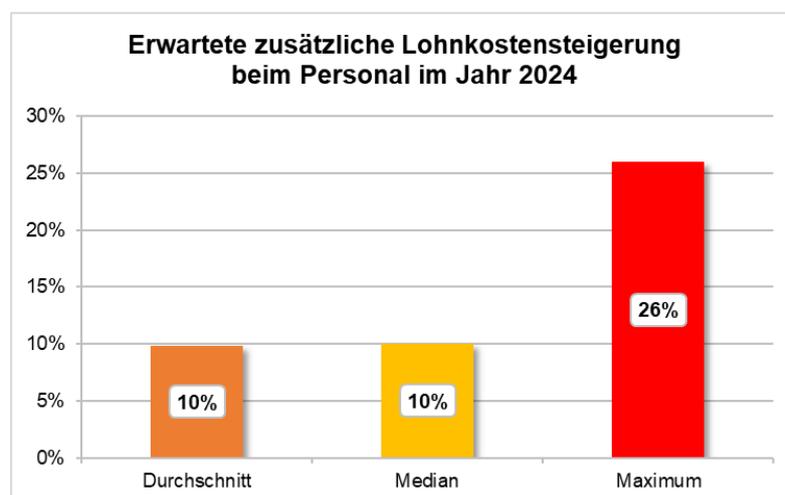


Auf die Frage nach den erwarteten Preissteigerungen 2023 gegenüber 2021 in einzelnen Bereichen ergibt sich nachfolgendes Bild: Für Gas und Brennstoffe geben die Krankenhäuser durchschnittliche Preissteigerungen im Jahr 2023 gegenüber 2021 in

Höhe von 92 % an, gefolgt von 66 % höheren Strompreisen. Die Preise für Lebensmittel stiegen nach Angaben der Krankenhäuser durchschnittlich um 21 %. Für den energieintensiven Bereich Wäscherei gaben die Kliniken 17 % höhere Preise an, ebenso bei sonstigen Bedarfsgütern. Bei medizinischem Bedarf verzeichneten die Krankenhäuser 12 % höhere Preise gegenüber 2021, bei Medikamenten 11 %. Die anhaltend hohen Preissteigerungen sind für die Krankenhäuser äußerst problematisch. Im Gegensatz zu anderen Branchen können Krankenhäuser die Kostensteigerungen für Energie, medizinische Produkte, Medikamente sowie Lebensmittel und viele weitere Dienstleistungen nicht über höhere Preise ausgleichen. Das sieht das starre System der Krankenhausfinanzierung nicht vor.



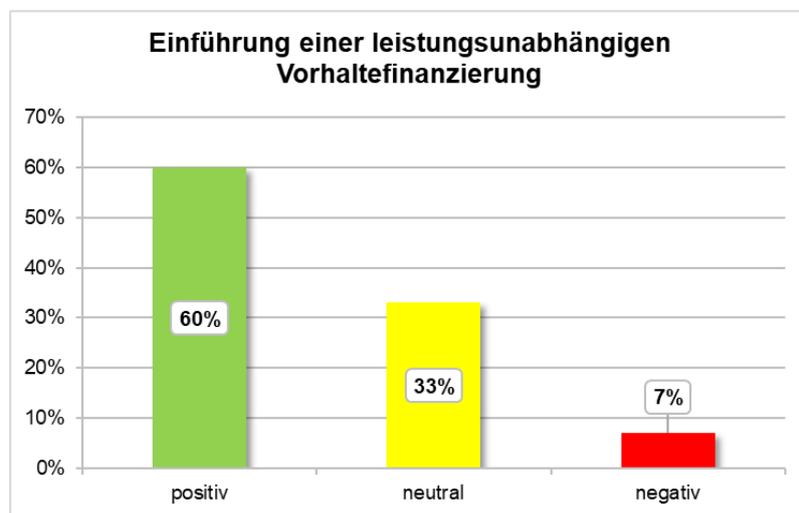
Auch im Jahr 2024 ist mit einer weiterhin hohen Inflation und damit hohen Sachkostensteigerungen zu rechnen. Andererseits laufen die Energiepreishilfen Ende April 2024 aus, sodass eine wichtige Unterstützung in der Energiekrise entfällt. Darüber hinaus erwarten die Krankenhäuser 2024 zusätzliche Belastungen aufgrund von (tariflichen) Lohnkostensteigerungen beim Personal. Gegenüber (den verfügbaren Daten für) 2022 betragen die erwarteten Lohnkostensteigerungen durchschnittlich 10 %. Der Median liegt ebenfalls bei 10 %. Im Maximum rechnen Krankenhäuser für 2024 mit Lohnkostensteigerungen von bis zu 26 % im Vergleich zu 2022.



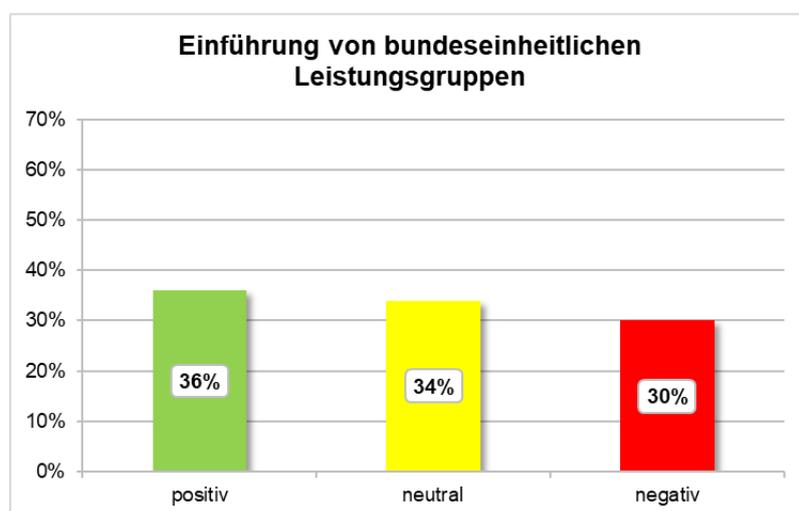
6. Erwartungen zur Krankenhausreform

Die von Bund und Ländern geplante Krankenhausreform dominiert seit mehr als einem Jahr die gesundheitspolitische Debatte. Wenngleich die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die konkrete Ausgestaltung noch in vollem Gange und viele Fragen weiterhin offen sind, wurden die Krankenhäuser zu ihren Erwartungen befragt. Mit Blick auf die grundsätzlichen Pläne für eine gemeinsame Krankenhausreform von Bund und Ländern wurden die Krankenhäuser zudem gebeten, zentrale Inhalte der Reform zu bewerten.

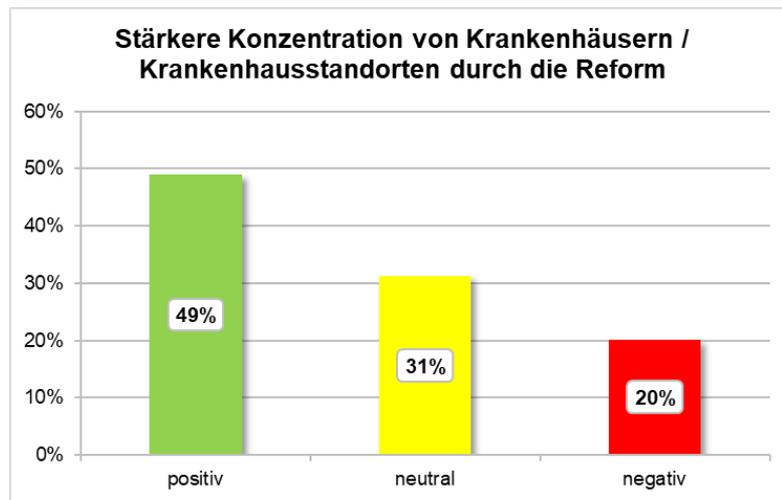
Im Hinblick auf die Einführung einer leistungsunabhängigen Vorhaltefinanzierung als wichtiges Element der Reform ergibt sich das folgende Bild: 60 % der Krankenhäuser bewerten die Einführung einer solchen Vorhaltefinanzierung positiv. 33 % stehen der Vorhaltefinanzierung neutral gegenüber und 7 % lehnen eine solche Finanzierung ab.



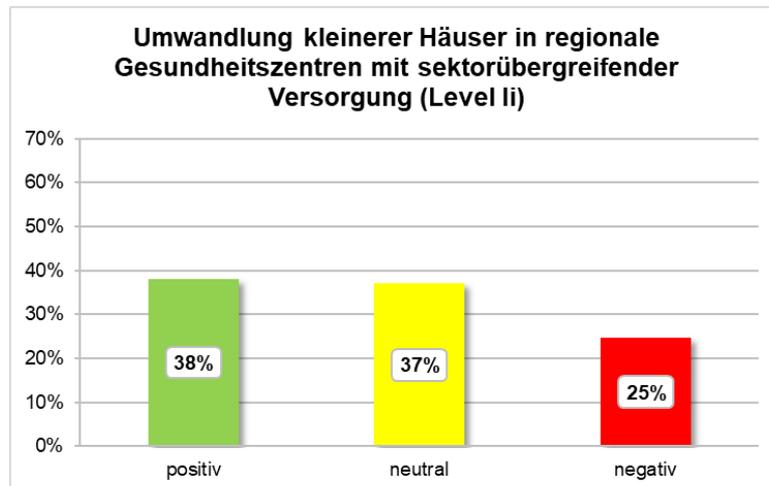
Hinsichtlich der Einführung von bundeseinheitlichen Leistungsgruppen zeigt sich ein weniger eindeutiges Bild. 36 % der befragten Krankenhäuser bewerten die Einführung positiv, 34 % stehen dem neutral gegenüber und 30 % der Kliniken lehnen bundeseinheitliche Leistungsgruppen ab.



Das mit der Krankenhausreform verbundene Ziel einer stärkeren Konzentration von Krankenhäusern bzw. Krankenhausstandorten wird von 49 % der befragten Krankenhäuser positiv beurteilt. 31 % der Kliniken stehen weiteren Konzentrationsprozessen in der Krankenhauslandschaft neutral gegenüber. 20 % der Kliniken lehnen dies ab.



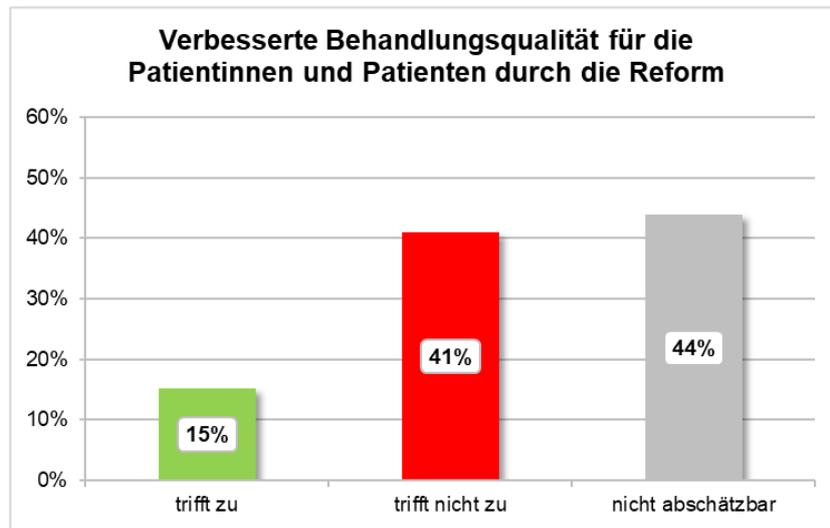
Die Möglichkeit, im Zuge des geplanten Umbaus der Klinikstrukturen kleinere Häuser in Regionale Gesundheitszentren mit sektorübergreifender Versorgung (Level Ii) umzuwandeln, sehen 38 % der Krankenhäuser positiv. 37 % geben an, dem neutral gegenüberzustehen und 25 % beurteilen dies negativ.



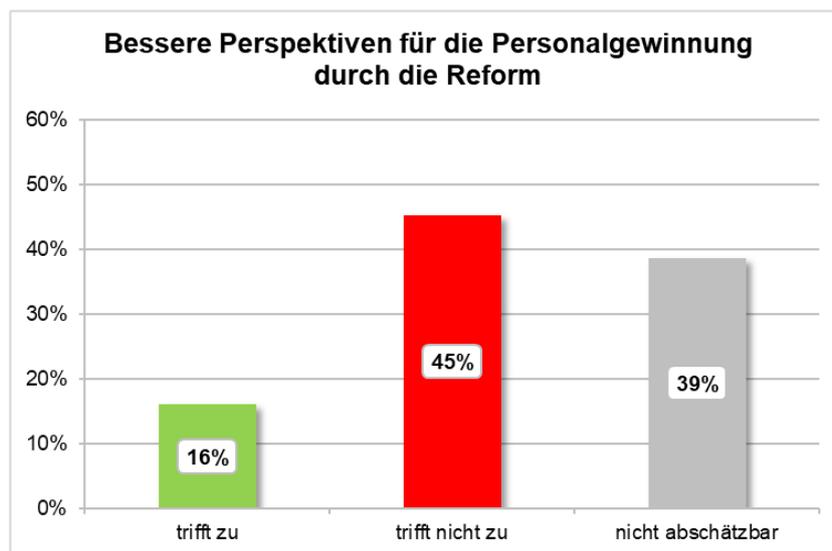
Die Krankenhäuser wurden zudem gefragt, welche Auswirkungen die anstehende bundesweite Krankenhausreform voraussichtlich auf ihren Standort bzw. Standorte haben wird. Hier zeigen sich deutliche Diskrepanzen zwischen zentralen von der (Bundes-) Politik formulierten Zielen der Krankenhausreform und den individuellen Erwartungen der Krankenhäuser.

Lediglich 15 % der Krankenhäuser erwarten, dass das insbesondere von Bundesgesundheitsminister Lauterbach erklärte Ziel einer verbesserten Behandlungsqualität für die Patientinnen und Patienten allein durch die Krankenhausreform erreicht werden kann. 41 % der Kliniken erwarten hingegen nicht, dass es aufgrund der bisherigen

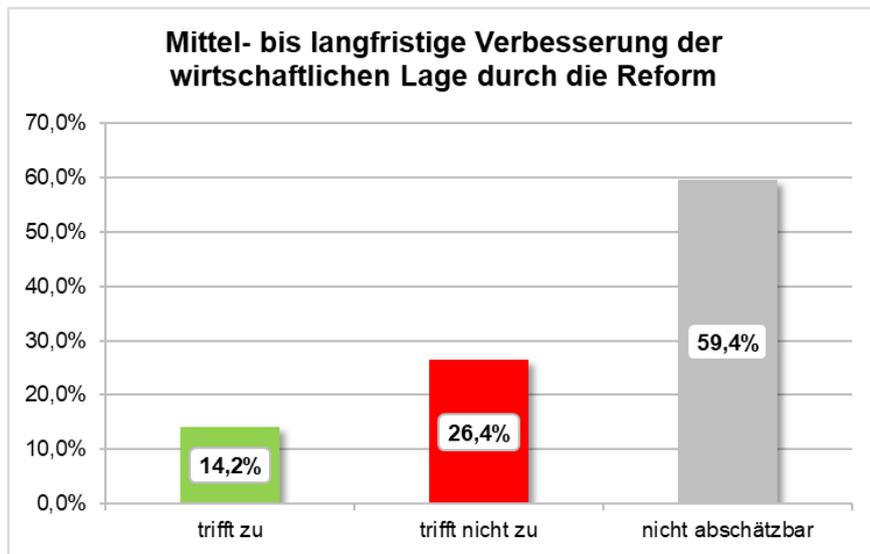
Reformpläne zu einer verbesserten Behandlungsqualität kommt. Insgesamt 44 % der Krankenhäuser geben an, dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen zu können.



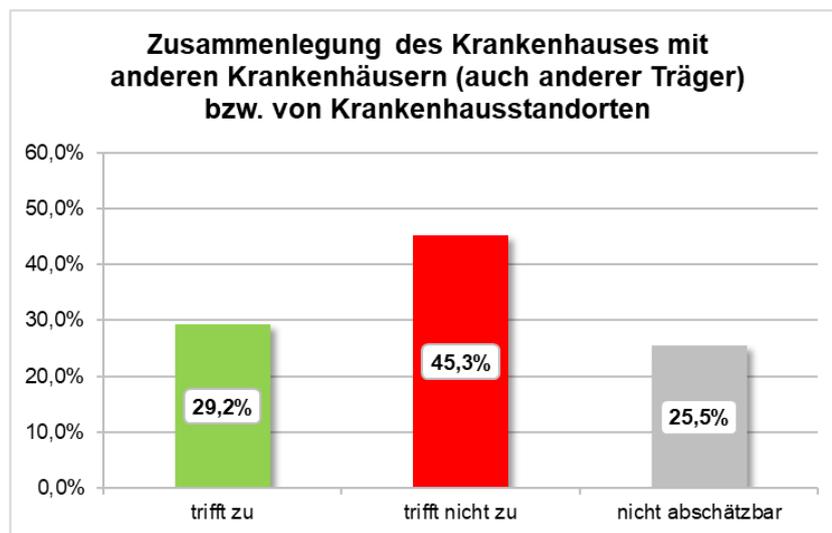
Auch das zweite zentrale Argument des Bundesgesundheitsministers für die Krankenhausreform – nämlich eine bessere Verteilung des knappen Klinikpersonals – spiegelt sich bisher nicht in den Erwartungen der Krankenhäuser wider. Nur 16 % der Krankenhäuser gehen gegenwärtig davon aus, dass sich ihnen infolge der Reform bessere Perspektiven für die Gewinnung von Personal eröffnen werden. 45 % der Kliniken geben an, diesbezüglich keine Verbesserung zu erwarten. Nicht abschätzen können dies zurzeit 39 % der Krankenhäuser.



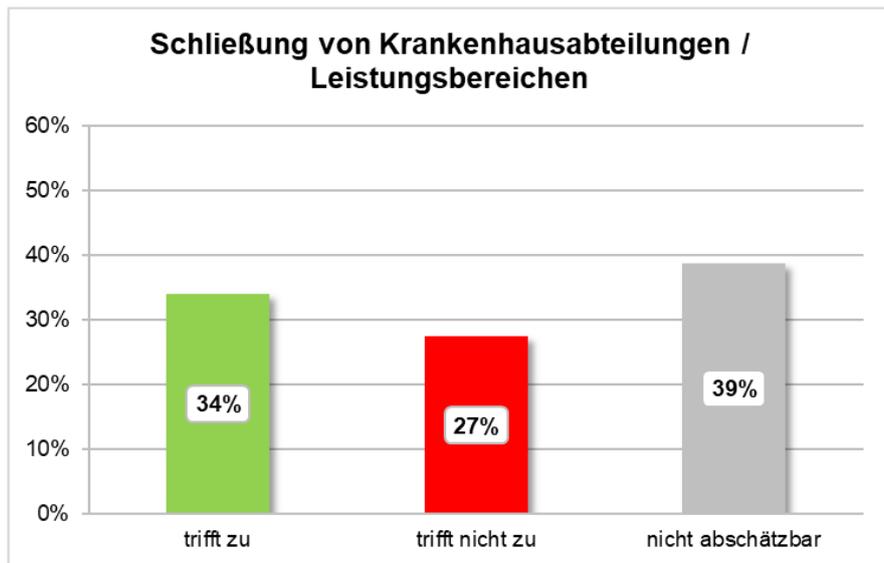
Inwieweit die Krankenhausreform mittel- bis langfristig zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser beitragen kann, ist von der Mehrheit der Krankenhäuser (59,4 %) derzeit noch nicht abzuschätzen. Hier macht sich bemerkbar, dass die konkrete Ausgestaltung der Reform weiter auf sich warten lässt. 26,4 % der Kliniken gehen bereits jetzt davon aus, dass sich ihre wirtschaftliche Lage infolge der Reform nicht verbessern wird. 14,2 % der Krankenhäuser erwarten eine Verbesserung.



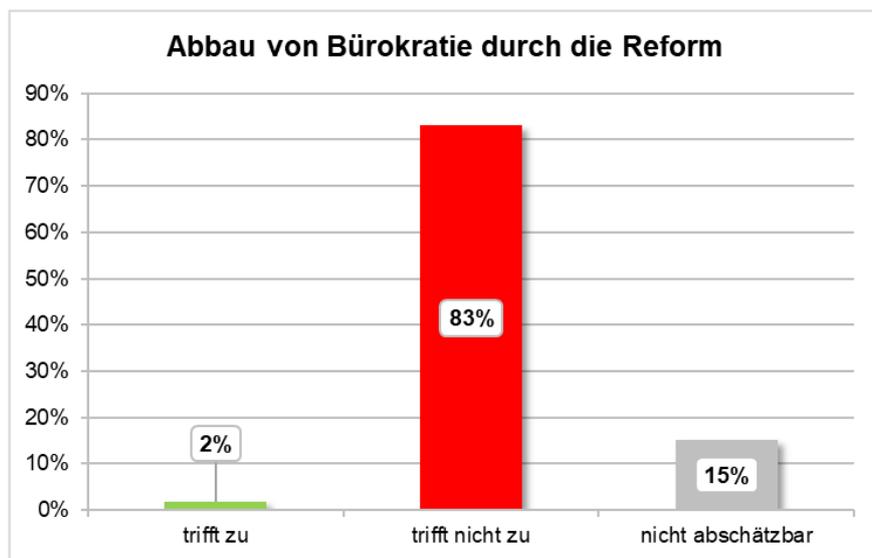
Die Krankenhäuser wurden um Auskunft gebeten, ob sie erwarten, unmittelbar vom bundesweit geplanten Umbau der Krankenhauslandschaft betroffen zu sein. 29,2 % der Krankenhäuser gehen davon aus, dass es aufgrund der Reform zu einer Zusammenlegung ihres Krankenhauses mit anderen Krankenhäusern (auch anderer Träger) bzw. der Zusammenlegung von Krankenhausstandorten kommt. 45,3 % erwarten hingegen nicht, von einer Zusammenlegung betroffen zu sein. 25,5 % der Krankenhäuser können dies noch nicht abschätzen.



Darüber hinaus wurde abgefragt, ob die Kliniken davon ausgehen, infolge der Reform Krankenhausabteilungen bzw. Leistungsbereiche zu schließen. 34 % der Krankenhäuser erwarten, dass dies für sie zutreffen wird. 27 % geben an, keine Schließungen vorzunehmen. Die Mehrheit (39 %) der Krankenhäuser kann dies zurzeit noch nicht beurteilen.

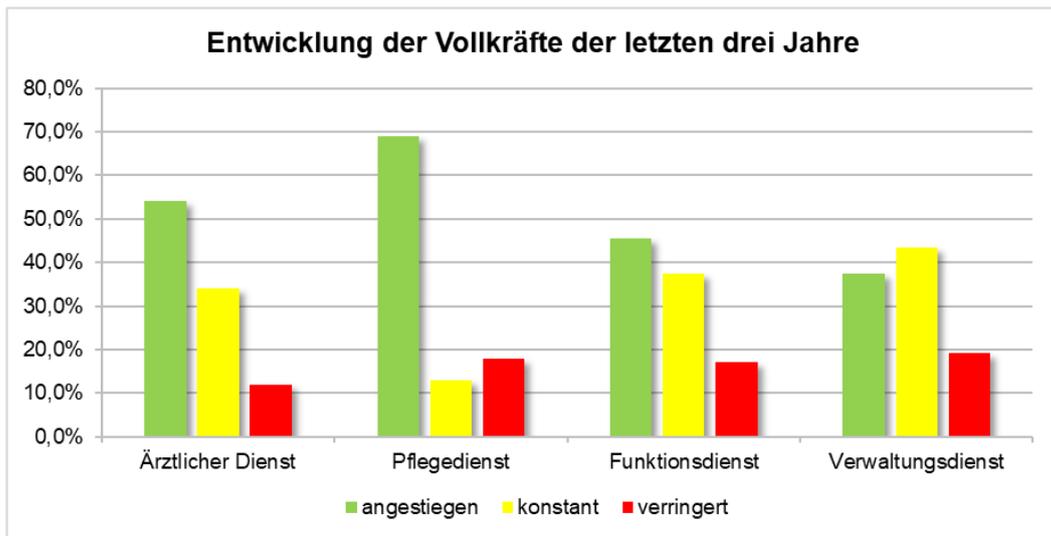


Die Krankenhäuser gehen ganz überwiegend nicht davon aus, dass es infolge der Reform zu einem Abbau von Bürokratie kommt. 83 % der befragten Kliniken geben an, keinen Bürokratieabbau zu erwarten, 15 % können dies derzeit nicht abschätzen und nur 2 % versprechen sich von der Krankenhausreform eine geringere bürokratische Belastung.

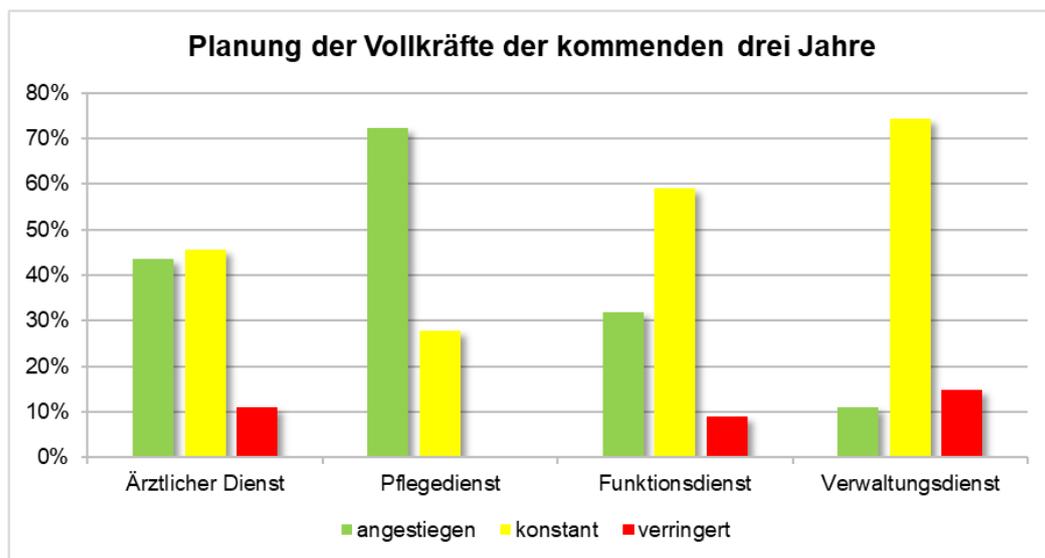


7. Entwicklung des Personals

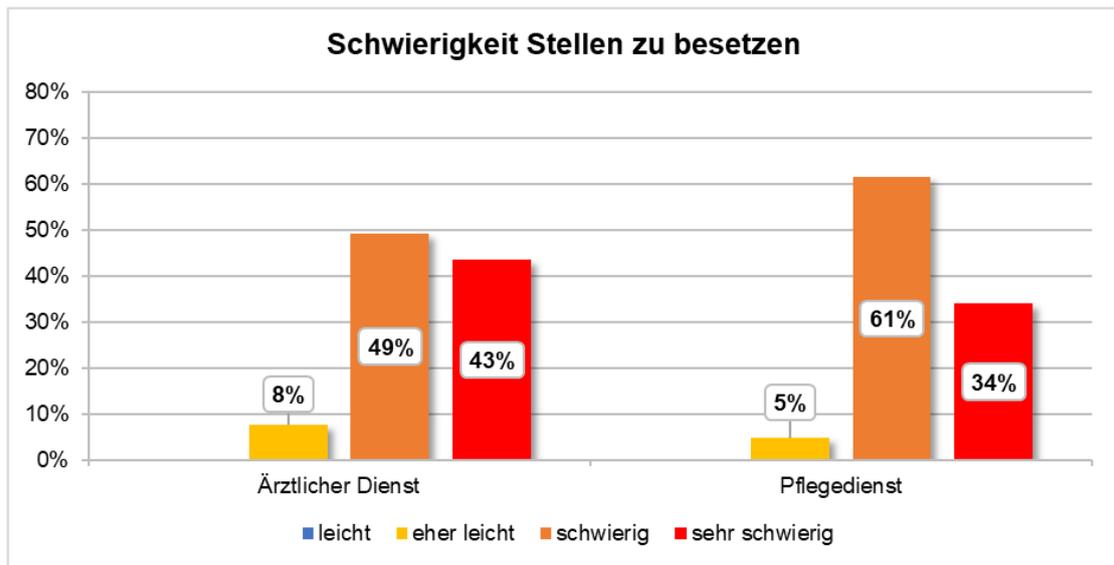
Den Krankenhäusern ist es unter großen Anstrengungen gelungen, neues Personal zu gewinnen. Im Pflegedienst ist es 69 % der Häuser gelungen, neues Personal einzustellen. Im ärztlichen Dienst waren 54 % der Kliniken in der Lage, zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen. Zudem wurde in etwas geringerem Umfang auch im Funktions- und Verwaltungsdienst benötigtes Personal aufgebaut.



Ein Großteil der Krankenhäuser beabsichtigt in den kommenden drei Jahren eine weitere Aufstockung des Personals: Der Schwerpunkt liegt hier weiterhin auf den Pflegekräften: Rund 72 % der Kliniken wollen die Anzahl der Vollkräfte im Bereich der Pflege erhöhen. Für den ärztlichen Dienst geben rund 43 % der Krankenhäuser an, die Vollkräfte in den kommenden drei Jahren weiter ausbauen zu wollen.

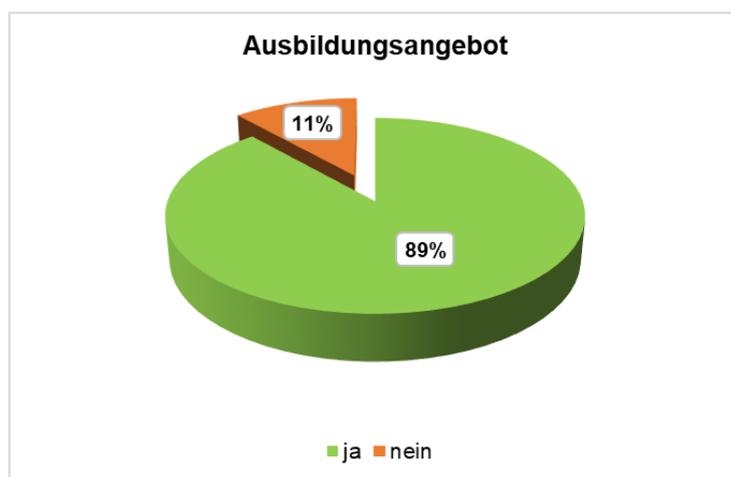


Der geplante Aufbau von zusätzlichem Personal wird für die Krankenhäuser mit großen Anstrengungen verbunden sein. Für den ärztlichen Dienst geben 92 % der Krankenhäuser an, dass die Stellenbesetzung schwierig oder sehr schwierig ist. Für den Pflegedienst trifft dies auf insgesamt 95 % der Krankenhäuser zu. Der Fachkräftemangel stellt weiterhin ein erhebliches Problem für die Krankenhäuser in Niedersachsen dar.



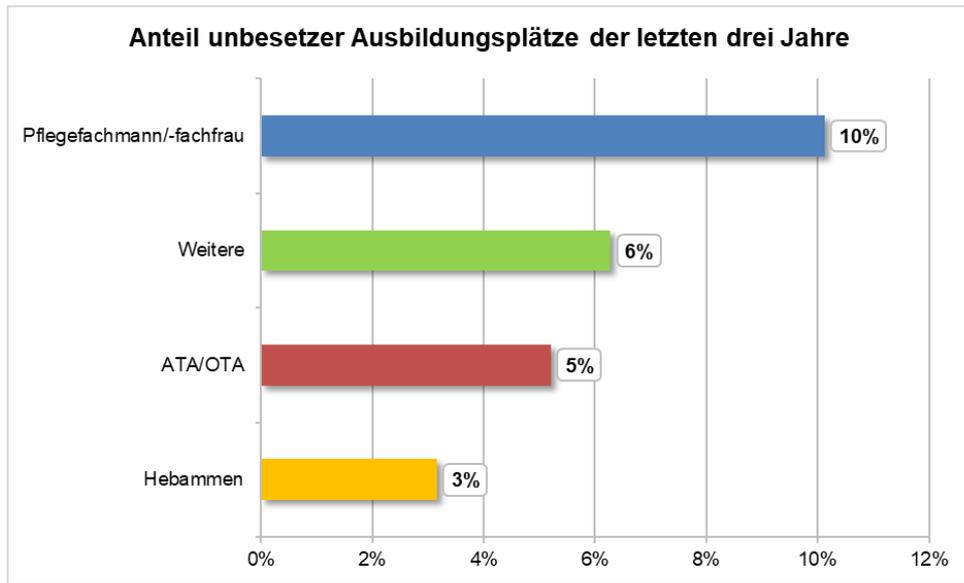
8. Ausbildung und Arbeitsplatzattraktivität

Die Krankenhäuser in Niedersachsen bilden aktiv Nachwuchs aus, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. 89 % der befragten Krankenhäuser geben an, Ausbildungsplätze anzubieten. Dies beinhaltet nicht nur die klassischen Ausbildungsberufe, wie z. B. die Ausbildung zum Pflegefachmann/-frau oder zur Hebamme, sondern auch Ausbildungen wie z. B. Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen. Zu den Ausbildungsberufen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gehören zudem Ergotherapeuten, Diätassistenten, Hebammen, Physiotherapeuten, Pflegefachkräfte, Krankenpflegehelfer, MTLA, MTRA, Logopäden, Orthoptisten und MFA.



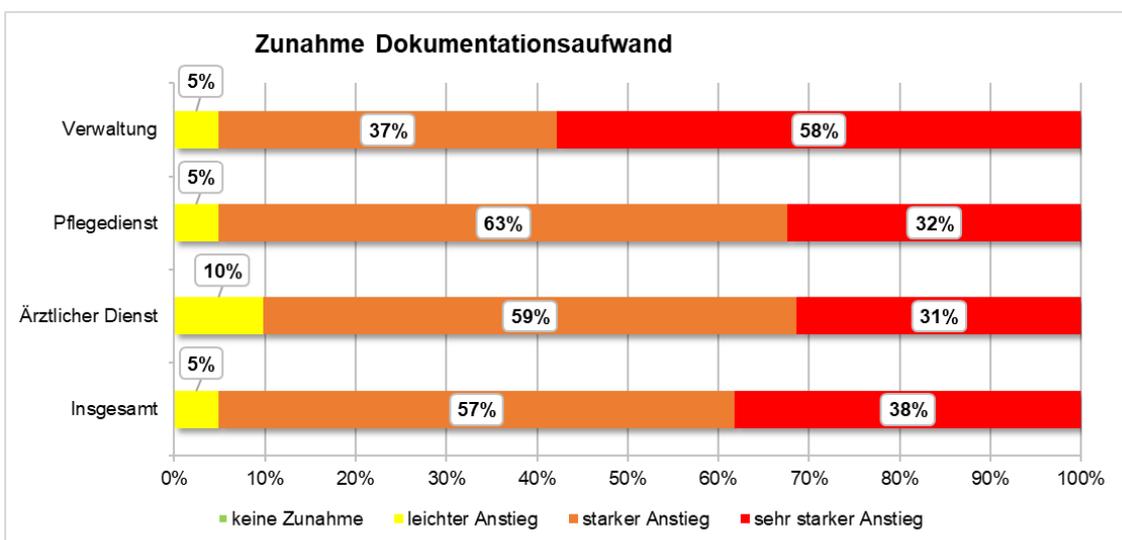
Trotz erheblicher Anstrengungen gelingt es den Krankenhäusern in Niedersachsen nicht, alle angebotenen Ausbildungsplätze schließlich auch zu besetzen. Im Ausbildungsgang zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann blieben in den vergangenen drei Jahren durchschnittlich 10 % der Ausbildungsplätze unbesetzt. Im Bereich ATA/OTA-Ausbildung betrug der Anteil 5 %, in der Hebammenausbildung 3 %. Hier wäre es wünschenswert, dass die Verantwortlichen im Gesundheitswesen und in der

Politik gemeinsam weitere Maßnahmen ergreifen, um die Rahmenbedingungen für diese Tätigkeiten weiter zu verbessern und die Attraktivität dieser Berufe zu erhöhen.

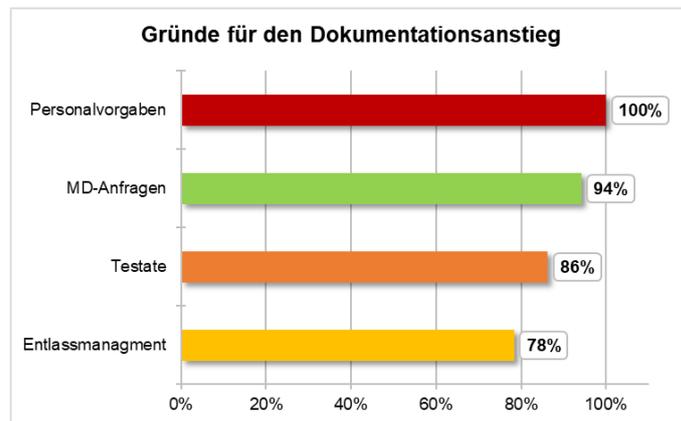


9. Dokumentationsaufwand

Der Dokumentationsaufwand für die Beschäftigten in den Krankenhäusern bewegt sich auf einem sehr hohen Niveau und nimmt sogar noch zu. 95 % der Krankenhäuser geben an, dass der Dokumentationsaufwand in den vergangenen Jahren insgesamt stark bzw. sehr stark angestiegen ist. Im ärztlichen Dienst trifft dies auf rund 90 % der Kliniken zu. Im Pflegedienst verzeichnen rund 95 % der Krankenhäuser eine starke bzw. sehr starke Zunahme des Dokumentationsaufwandes. In der Verwaltung beobachten dies rund 95 % der Krankenhäuser. Diese Entwicklung ist angesichts der hohen Belastung des Personals äußerst kritisch zu bewerten, führt zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels und Demotivation der Mitarbeitenden.

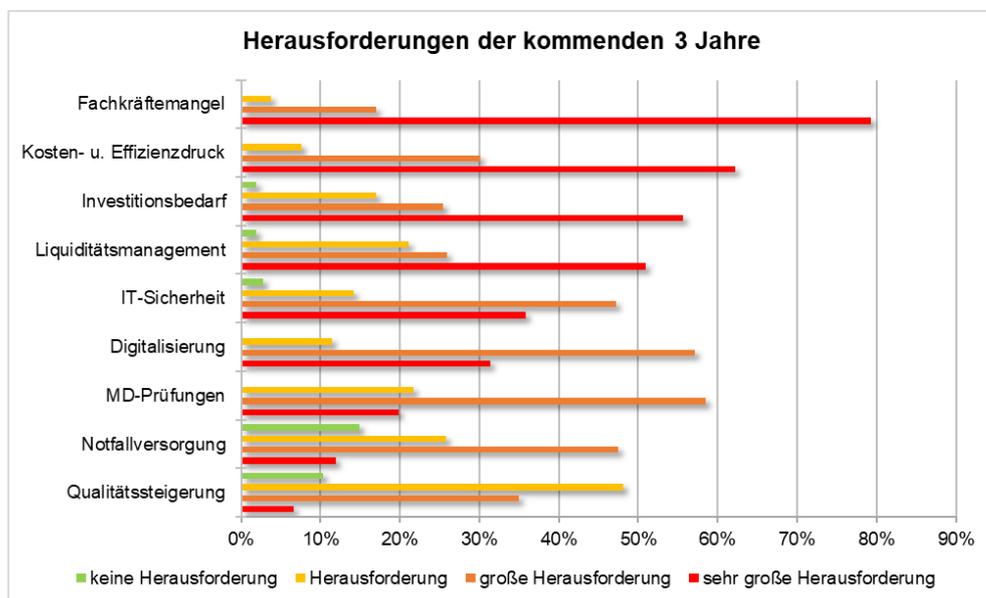


Der Anstieg des Dokumentationsaufwandes geht den Krankenhäusern zufolge auf mehrere Ursachen zurück: An erster Stelle werden Personalvorgaben wie PpUGV, PPP-RL, etc. (100 %) genannt. An zweiter Stelle folgen Anfragen des Medizinischen Dienstes (94 %) und damit verbundener Aufwand in Dokumentation und Bearbeitung. An dritter Stelle folgen Testate (86 %), gefolgt von Anforderungen im Entlassmanagement (78 %), die für eine Zusatzbelastung sorgen.



10. Herausforderungen

Wie bereits in den Vorjahren wurden die Krankenhäuser von der NKG danach gefragt, welche Herausforderungen sie in den kommenden drei Jahren zu bewältigen haben und welche Bedeutung sie den jeweiligen Themen beimessen. Hier zeigt sich erneut, dass der Fachkräftemangel von einer Mehrheit der Krankenhäuser als die perspektivisch größte Aufgabe betrachtet wird, die es zu lösen gilt. An zweiter Stelle folgt der zunehmende Kosten- und Effizienzdruck, den die Kliniken ebenfalls als sehr große bzw. große Herausforderung bewerten. Weitere wesentliche Herausforderungen, mit denen sich die Krankenhäuser in den kommenden drei Jahren konfrontiert sehen, sind der bestehende Investitionsbedarf sowie das Liquiditätsmanagement.



11. Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Lage der Krankenhäuser in Niedersachsen ist angesichts der inflationsbedingt hohen Sach- und Personalkostensteigerungen weiterhin angespannt bis kritisch. Gegenüber 2021 (dem Vorkrisenniveau) beträgt die Preissteigerung 2023 bei den Sachkosten durchschnittlich 14 %. Der Median für die Krankenhäuser liegt bei 12 %. Zum Teil geben Krankenhäuser an, von Sachkostensteigerungen gegenüber 2021 von bis zu 36 % betroffen zu sein.

Darüber hinaus erwarten die Krankenhäuser 2024 zusätzliche Belastungen aufgrund von (tariflichen) Lohnkostensteigerungen beim Personal. Gegenüber (den verfügbaren Daten für) 2022 betragen die erwarteten Lohnkostensteigerungen durchschnittlich 10 %. Der Median liegt ebenfalls bei 10 %. Im Maximum rechnen Krankenhäuser für 2024 mit Lohnkostensteigerungen von bis zu 26 % im Vergleich zu 2022. Die gesetzlich maximal mögliche Steigerung der Vergütungen liegt hingegen bei lediglich 5,13 %.

Die wirtschaftliche Existenz der überwiegenden Mehrheit der Krankenhäuser ist – rein auf Basis der regulären Krankenhausfinanzierung – erkennbar gefährdet. 95 % der befragten Krankenhäuser geben an, dass sie aktuelle Sach- und Personalkostensteigerungen nicht aus den regelhaften Erlösen der Patientenbehandlung finanzieren können. 73 % der Krankenhäuser geben zudem an, dass sie in den vergangenen Jahren nicht in der Lage waren, ausreichende Rücklagen zu bilden, um die aktuellen Kostensteigerungen vorübergehend finanzieren zu können. Dies bedeutet, dass nahezu drei Viertel der Krankenhäuser bereits kurzfristig auf finanzielle Hilfe angewiesen sind. Dies zeigt, dass das bestehende System der Krankenhausfinanzierung nicht dazu geeignet ist, die wirtschaftlichen Negativfolgen von Krisenereignissen wie Pandemien oder inflationsbedingten Preisschocks sachgerecht und rechtzeitig abzufedern.

Die Krankenhäuser in Niedersachsen gehen nicht davon aus, im Jahr 2024 unter den geltenden Bedingungen der Krankenhausfinanzierung auskömmlich wirtschaften zu können oder anderweitig eine hinreichende finanzielle Unterstützung zu erhalten. Eine deutliche Mehrheit von 73,6 % der Krankenhäuser erwartet 2024 eine schlechtere wirtschaftliche Entwicklung. 23,6 % der Kliniken gehen davon aus, dass sich ihre wirtschaftliche Situation gleichbleibend darstellen wird. Eine bessere wirtschaftliche Entwicklung erwarten nur 2,8 % der Krankenhäuser.

Dies gibt insbesondere im Hinblick auf die anhaltende Kostenentwicklung und das bevorstehende Jahr 2024 Anlass zur Sorge. Unter diesen Rahmenbedingungen sehen – wenig überraschend – 60 % der befragten Krankenhäuser ihre wirtschaftliche Existenz bis zum Wirksamwerden einer bundesweiten Krankenhausreform als gefährdet an. Dies ist äußerst bedenklich, da die Krankenhäuser grundlegenden Zielen der Reform mehrheitlich positiv bis offen gegenüberstehen.

Das mit der Krankenhausreform verbundene Ziel einer stärkeren Konzentration von Krankenhäusern bzw. Krankenhausstandorten etwa wird von 49 % der befragten Kran-

kenhäuser positiv beurteilt. 31 % der Kliniken stehen weiteren Konzentrationsprozessen in der Krankenhauslandschaft neutral gegenüber. 20 % der Kliniken lehnen dies ab. Knapp ein Drittel (29,2 %) der Krankenhäuser gehen davon aus, dass es aufgrund der Reform zu einer Zusammenlegung ihres Krankenhauses mit anderen Krankenhäusern (auch anderer Träger) bzw. der Zusammenlegung von Krankenhausstandorten kommt. 45,3 % erwarten hingegen nicht, von einer Zusammenlegung betroffen zu sein.

Die Möglichkeit, im Zuge des geplanten Umbaus der Klinikstrukturen kleinere Häuser in Regionale Gesundheitszentren mit sektorübergreifender Versorgung (Level II) umzuwandeln, sehen 38 % der Krankenhäuser positiv. 37 % geben an, dem neutral gegenüberzustehen und 25 % beurteilen dies negativ.

Es gibt aber auch deutliche Diskrepanzen zwischen zentralen von der (Bundes-) Politik formulierten Zielen der Krankenhausreform und den individuellen Erwartungen der Krankenhäuser.

Lediglich 15 % der Krankenhäuser erwarten, dass das insbesondere von Bundesgesundheitsminister Prof. Lauterbach wiederholt erklärte Ziel einer verbesserten Behandlungsqualität für die Patientinnen und Patienten infolge der Krankenhausreform erreicht werden kann. 41 % der Kliniken erwarten hingegen nicht, dass es aufgrund der bisherigen Reformpläne zu einer verbesserten Behandlungsqualität kommt. Insgesamt 44 % der Krankenhäuser geben an, dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen zu können.

Auch das zweite zentrale Argument des Bundesgesundheitsministers für die Krankenhausreform – nämlich eine bessere Verteilung des knappen Klinikpersonals – spiegelt sich bisher nicht in den Erwartungen der Krankenhäuser wider. Nur 16 % der Krankenhäuser gehen gegenwärtig davon aus, dass sich ihnen infolge der Reform bessere Perspektiven für die Gewinnung von Personal eröffnen werden. 45 % der Kliniken geben an, diesbezüglich keine Verbesserung zu erwarten. Nicht abschätzen können dies zurzeit 39 % der Krankenhäuser.

Wie aus dem NKG-Indikator weiter hervorgeht, ist es den niedersächsischen Krankenhäusern gelungen, zusätzliches Personal zu gewinnen. Der Fokus lag und liegt hierbei klar auf dem Pflegepersonal. Ein Großteil der Krankenhäuser beabsichtigt in den kommenden drei Jahren eine weitere Aufstockung. Aufgrund des Fachkräftemangels wird dies aber voraussichtlich nicht leicht umzusetzen sein.

Hinzu kommt, dass mehr als 95 % der Krankenhäuser angeben, dass der Dokumentationsaufwand für das Personal in den vergangenen Jahren stark bzw. sehr stark angestiegen ist. Diese Entwicklung ist angesichts der ohnehin hohen Belastung der Beschäftigten aus Sicht der NKG nicht hinnehmbar. Die Krankenhäuser gehen ganz überwiegend nicht davon aus, dass es infolge der Reform zu einem Abbau von Bürokratie kommt. 83 % der befragten Kliniken geben an, keinen Bürokratieabbau zu erwarten, 15 % können dies derzeit nicht abschätzen und nur 2 % versprechen sich von der Krankenhausreform eine geringere bürokratische Belastung. Das ist ein deutliches Warnsignal.

Angesichts der vorliegenden Umfrageergebnisse fordert die NKG die Bundes- und Landespolitik mit Nachdruck auf, die Situation der Krankenhäuser ernst zu nehmen und ihr Handeln danach auszurichten. Die weitere Akzeptanz sowie das Gelingen der geplanten Krankenhausreform können aus Sicht der NKG gewährleistet werden, indem die Krankenhäuser wirtschaftlich abgesichert werden und auf dieser Grundlage ein geordneter Umbau der Klinikstrukturen erfolgt. Dieser wiederum ist die zentrale Voraussetzung für eine auch künftig flächendeckende und hochwertige stationäre Versorgung der Patientinnen und Patienten in Niedersachsen.